Civaka Azad
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

DOSSIER
März/April 2018

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/56003528
0163/4834607

Informationsdossier von Civaka Azad

März/April 2018

Schwerpunktthema:

Freunde fürs Leben

DIE STRATEGISCHE DIMENSION DER DEUTSCH-TÜRKISCHEN PARTNERSCHAFT IN ZEITEN DES UMBRUCHS

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/56003528
0163/4834607

„Die Folgen dieser Übergangsphase zeigen sich in allen Teilen der Welt, im Mittleren Osten sogar mit außergewöhnlicher Intensität. In diesem Kontext steht auch die deutsch-türkische Partnerschaft vor weitrechenden Veränderungen. Die derzeitigen Entwicklungen ausschließlich tagespolitisch zu betrachten oder nicht im Kontext globaler und regionaler Entwicklungen zu bewerten, würde eine realistische Einschätzung der Partnerschaft beider Länder verhindern. Deutschlands strategischer Partner Türkei findet sich heute in einer Region wieder, in der alt hergebrachte Weisheiten und Glaubensgrundsätze zerfallen. Dies stellt einen Pfeiler deutscher Außenpolitik vor immense Herausforderungen, wodurch ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsfaktor die Gestaltung deutscher Außen- aber zunehmend auch deutscher Innenpolitik prägt. In diesem Sinne trägt die deutsch-türkische Partnerschaft heute immense Risiken mit sich, derer sich alle Verantwortlichen bewusst sein sollten."

1. Einleitung

Der Mittlere Osten befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umgestaltung. In diesem Zusammenhang kommt den deutsch-türkischen Beziehungen aus der Sicht beider Länder eine besondere Bedeutung bei der Sicherung ihrer jeweiligen Interessen zu. Die gemeinsame Verfolgung politischer, wirtschaftlicher, militärischer und geostrategischer Interessen fußt auf einer mehrere Jahrhunderte alten Tradition deutsch-türkischer Beziehungen. Beide Länder verbindet eine strategische Partnerschaft. Vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen Verschränkung Deutschlands und der Türkei auf politischer, sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und militärischer Ebene erscheinen die Streitigkeiten um inhaftierte Deutsche in der Türkei und Nazi-Beschimpfungen durch türkische Regierungsvertreter als kurzweilige Unannehmlichkeiten. Der strategische Bündnispartner Türkei reagiert auf die Umbrüche in seiner unmittelbaren Nachbarschaft mit der Errichtung eines autokratischen Regimes und einer zunehmenden Verwicklung in die militärischen Konflikte der Region. Dabei sieht sich die Türkei selbst mit zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüchen und einem Krieg im Südosten des Landes konfrontiert. Für die deutsche Bundesregierung stellen sich in diesem Zusammenhang zwei zentrale Fragen: In wie fern wird Deutschland auch zukünftig in der Lage bleiben eigene Interessen im Mittleren Osten über den Bündnispartner Türkei durchzusetzen? Wie weit ist Deutschland bereit mit einem türkischen Regime zusammen zu arbeiten, das offen diktatorische Züge trägt und zunehmend nationales und internationales Recht missachtet?

2. Eine ‚dreihundertjährige Freundschaft' - Historische Wurzeln der deutsch-türkischen Beziehungen

Die derzeitige Diskussion über die deutsch-türkischen Beziehungen in Politik und Medien verzichtet zum Teil auf eine Betrachtung ihrer tiefgehenden historischen Wurzeln. Ohne die Berücksichtigung der seit dreihundert Jahren andauernden Kontakte können die derzeitigen Entwicklungen jedoch nur teilweise verstanden werden. Es fällt zum Teil schwer nachzuvollziehen, wie



www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/56003528
0163/4834607

sich Kommentatoren überrascht angesichts der Stabilität der Partnerschaft trotz der offen ausgetragenen diplomatischen Streitigkeiten oder angesichts deutscher Waffenverkäufe im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei in dem nordsyrischen Kanton Afrin zeigen können. Ein kurzer Blick auf die historischen Wurzeln und Kontinuitäten der Beziehungen beider Länder lohnt daher.

Spätestens ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten das Osmanische Reich und der neu entstandene deutsche Nationalstaat intensive Beziehungen. Beide Seiten versprachen sich davon eine Stärkung ihrer Position angesichts ihrer aus jeweils unterschiedlichen Gründen empfundenen Bedrohungsszenarien. Das Osmanische Reich kämpfte seit dem 17. und 18. Jahrhundert mit der allmählichen Verkleinerung seines Herrschaftsbereichs durch Frankreich und England aber auch durch Russland. Sowohl Deutschland als auch das Osmanische Reich sahen sich durch Länder wie England, Frankreich oder Russland in der Verteidigung bzw. dem Ausbau ihres Machtbereichs bedroht. So stellte Deutschland für das Osmanische Reich ein Gegengewicht zu Mächten wie England, Frankreich und Russland dar. Für Deutschland bot ein Bündnis mit dem Osmanischen Reich den Zugang zum wirtschaftlich und geostrategisch hochbedeutenden Mittleren Osten, was einer bedeutenden Stärkung der eigenen Position gegenüber den anderen europäischen Mächten und Russland gleich kam.

Mit dem Erstarken Deutschlands spitzten sich die Konflikte zwischen den europäischen Mächten zu, was in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu zwei Weltkriegen beitragen sollte. Im Rahmen des 1. Weltkrieges trugen insbesondere Großbritannien und Deutschland ihre Konflikte militärisch aus. Die deutsch-britische Konkurrenz schlug sich auch in der jeweiligen Mittelostpolitik der beiden Länder nieder. Deutschland betrachtete das damalige Osmanische Reich als Tür zum Mittleren Osten und beabsichtigte durch eine Ausweitung des eigenen Einflussbereichs bis nach Asien insbesondere den britischen Einfluss, der bis nach Indien reichte, zurückzudrängen. Das Osmanische Reich stellte einen zentralen Teil deutscher Großmachtansprüche dar, ohne den sowohl die Mittelostpolitik, als auch globale Strategien Deutschlands deutlich schwerer durchzusetzen gewesen wären. Die Umsetzung der deutschen Bestrebungen wurde erheblich durch die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Zerfall des Osmanischen Reiches behindert. Die geostrategische Bedeutung, die Deutschland dem Osmanischen Reich und später dem neu entstandenen türkischen Nationalstaat beimaß, kann jedoch bis heute als eine Kontinuität in den deutsch-türkischen Beziehungen verstanden werden, derer sich beide Akteure gleichermaßen bewusst sind.

Auch wirtschaftlich waren die Beziehungen zum Osmanischen Reich aus deutscher Sicht vielversprechend. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Öl, die Kontrolle über Handelswege, günstige Produktionsbedingungen und der Zugang zu einem bedeutenden Absatzmarkt charakterisieren seither die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands an den Beziehungen. Mit dem Bau der Bagdad-Bahn, dem Aufbau staatlicher Institutionen und militärischer Unterstützung unternahm Deutschland seit dem Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitreichende Investitionen im Osmanischen Reich. Der Bau einer Bahntrasse, die weit in britische

Einflussgebiete hineinreichte, sollte Deutschland u.a. die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Region ermöglichen. Auch hier kann der Ausgang des 1. Weltkrieges als ein Rückschlag für deutsche Pläne in der Region bewertet werden. Nichtsdestotrotz blieben die wirtschaftlichen Beziehungen auch nach dem Aufbau des türkischen Nationalstaates in den 1920er Jahren intakt und stellen seither eine weitere wichtige Kontinuität in den deutsch-türkischen Beziehungen dar.

An dieser Stelle nur kurz erwähnt seien auch die Tendenzen der deutschen Außenpolitik z.B. im Mittleren Osten, stärker mit regionalen Machtzentren wie der Türkei und dem Iran zusammen zu arbeiten. Betrachten wir die deutlich flexiblere Politik Großbritanniens, Frankreichs und der USA in der Region, die auch auf eine Zusammenarbeit mit lokalen und dezentraler organisierten Kräften setzen, wird diese besondere Eigenschaft in der Außenpolitik Deutschlands deutlich.

3. Unter Freunden - Deutsche Interessen an der strategischen Partnerschaft mit der Türkei

Die historisch gewachsenen Beziehungen der beiden Länder verdeutlichen die Tragweite der strategischen Partnerschaft. Eine deutsche Außenpolitik, geschweige denn eine deutsche Mittelostpolitik, ist ohne das Bündnis mit der Türkei nur schwer vorstellbar. Zwar kann seit geraumer Zeit beobachtet werden, dass Länder wie Jordanien oder der Irak stärker in den Fokus deutscher Außenpolitik geraten, doch die Türkei ist und bleibt der maßgebliche NATO-Bündnispartner Deutschlands in der Region. Eine Vielzahl von Interessen spielen dabei aus deutscher Sicht eine Rolle.

Wie bereits angedeutet kommt der Türkei allein aufgrund ihrer geographischen Lage eine entscheidende geostrategische Rolle zu. Sie liegt an der Südwestflanke russischen Einflussgebietes und bildet eine Art Brückenkopf in den Mittleren Osten. Zudem wird sie als Teil der deutschen Asienpolitik bewertet. Der Zugang zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer, aber auch der Verlauf von Handels- und Transportwegen über türkisches Staatsgebiet unterstreichen die geostrategische Bedeutung für ein Land wie Deutschland, dessen Wirtschaft maßgeblich auf Export und damit dem Zugang zu globalen Märkten fußt. Insbesondere im Rahmen wachsender außenpolitischer Ambitionen Deutschlands, die sich in den vergangenen Jahren in Form einer Diskussion über ‚Deutschlands neue Verantwortung' manifestierte, kommt der Türkei aufgrund ihrer geostrategischen Lage eine wichtige Rolle zu.

Als eng verbunden mit der geostrategischen Bedeutung der Türkei können auch die deutsch-türkischen militärischen Beziehungen betrachtet werden. Im Rahmen von NATO-Missionen und bilateralen Abkommen sind deutsche Soldaten seit Jahren in der Türkei stationiert. Historisch betrachtet sind die Sicherheitsorgane beider Länder eng miteinander verbunden, leistete Deutschland doch einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau u.a. militärischer Institutionen nach europäischem Vorbild. Auch auf polizeilicher und geheimdienstlicher Ebene pflegen beide Länder enge Beziehungen. Die Türkei ist zudem ein wichtiger Absatzmarkt für die Produkte der deutschen Waffenindustrie. Firmen wie Rheinmetall, Heckler & Koch, Mercedes und viele weitere verkaufen in großem Umfang Kriegsgerät, Munition und militärisches Know-How in die Türkei. Dafür



www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/56003528
0163/4834607

sprechen ca. 800 verkaufte Leopard-Panzer oder die standardmäßige Ausrüstung der türkischen Armee mit G3-Gewehren. Aus Sicht der deutschen Rüstungsindustrie ergibt sich daraus auch die Gelegenheit ihre Produkte unter realen Kriegsbedingungen testen zu können, wie derzeit in dem nordsyrischen Kanton Afrin der Fall. Dies erhöht die Attraktivität der deutschen Rüstungsprodukte auf dem internationalen Markt. Ähnlich vorteilhaft aus Sicht der deutschen Bundesregierung aber auch der hiesigen Rüstungsindustrie ist der Umstand, dass durch den Verkauf von Produktionslizenzen und ganzer Rüstungsfabriken an die Türkei die strengen deutschen Rüstungsexportrichtlinien umgangen werden können. Im Rahmen dieser Politik, die auch an Orten wie Sardinien oder Südafrika zu beobachten ist, können die Pläne bewertet werden, durch eine Kooperation der Firma Rheinmetall mit der türkischen Rüstungsfirma BMC eine Panzerfabrik in der Nähe von Istanbul zu errichten. Durch die Umgehung eigener Exportrichtlinien verschafft sich die deutsche Politik die Möglichkeit, den Verkauf von Produkten der deutschen Rüstungsindustrie im Rahmen der Durchsetzungen eigener internationaler Interessen flexibler einzusetzen.

Auch wirtschaftlich nimmt die Türkei aus Sicht Deutschlands seit jeher eine zentrale Bedeutung ein. Sie ist mit ihren rund 80 Millionen Einwohnern nicht nur ein bedeutender Absatzmarkt für die ca. 6800 in der Türkei aktiven deutschen Unternehmen. Die Türkei stellt zugleich einen im Vergleich zum heimischen deutschen Markt äußerst billigen Produktionsstandort dar, den zahlreiche deutsche Unternehmen wie Bosch, Hugo Boss oder Volkswagen nutzen. Siemens beschäftigt 3000 Mitarbeiter in der Türkei und Mercedes zählt über 5000 Beschäftigte an zwei Standorten. Bosch verfügt über 16.500 Angestellte in der Türkei. Diese Zahlen unterstreichen die ökonomische Bedeutung der Türkei für zahlreiche deutsche Großunternehmen. Wenig überraschend ist daher auch, dass Deutschland den mit Abstand wichtigsten Handelspartner für die Türkei darstellt. Der Zugang der deutschen Wirtschaft zum türkischen Markt ist damit von höchster Bedeutung für die hiesigen Unternehmen. Ein Verlust dieses Zugangs würde auf Seiten deutscher Unternehmen zu jährlichen Milliardeneinbußen führen.

4. Neue Freunde, neues Glück - Das deutsch-türkische Bündnis im Kontext eines multipolaren Machtgefüges

Die deutsch-türkische Partnerschaft sieht sich mit großen Herausforderungen konfrontiert. Von den Umbrüchen im Mittleren Osten bleibt auch die strategische Partnerschaft der beiden Länder nicht unberührt. Spätestens seit dem Irak-Krieg im Jahr 2003 befindet sich der Mittlere Osten in einer Phase einer grundlegenden Umgestaltung. In diesem Zuge brachen Nationalstaaten wie Lybien oder der Jemen zusammen. Andere wurden so stark geschwächt, dass sie wie Syrien oder der Irak derzeit vorrangig um die Aufrechterhaltung ihrer territorialen Integrität bemüht sind. Globale Mächte wie die USA und Russland, aber auch regionale Akteure wie die Türkei, der Iran oder Israel verfolgen eine zunehmend aggressive und kriegerische Interessenspolitik im Mittleren Osten. Im Rahmen der tiefgreifenden regionalen Veränderungen kam es auch zu zahlreichen demokratischen Protestbewegungen unterschiedlichster Bevölkerungen. Die Proteste in Tunesien, Ägypten oder Libyen können mittlerweile angesichts von Militärdiktaturen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen als weitgehend gescheitert betrachtet werden. Eine Ausnahme scheinen die Entwicklungen in Nordsyrien darzustellen, wo relativ unbeachtet von der Weltöffentlichkeit mit

der Demokratischen Föderation Nordsyrien eine Alternative zur Mittelostpolitik globaler und regionaler Mächte aufgebaut wird.

Die heutige Realität im Mittleren Osten ist Ausdruck der Entstehung eines neuen globalen Machtgefüges. Die Zeiten, in denen sich mit den USA und der Sowjetunion zwei Machtblöcke gegenüber standen, können weitgehend als Vergangenheit betrachtet werden. Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus entwickelt sich ein zunehmend multipolares globales Machtgefüge. Niemand scheint heute in der Lage zu sein abzuschätzen, wie genau die zukünftigen Machtverhältnisse aussehen werden. Als weitgehend unbestritten gilt jedoch, dass globale Akteure wie die USA, Russland, Europa und China derzeit um ihre Position in der zukünftigen Ordnung ringen.

Die Folgen dieser Übergangsphase zeigen sich in allen Teilen der Welt, im Mittleren Osten sogar mit außergewöhnlicher Intensität. In diesem Kontext steht auch die deutsch-türkische Partnerschaft vor weitrechenden Veränderungen. Die derzeitigen Entwicklungen ausschließlich tagespolitisch zu betrachten oder nicht im Kontext globaler und regionaler Entwicklungen zu bewerten, würde eine realistische Einschätzung der Partnerschaft beider Länder verhindern. Deutschlands strategischer Partner Türkei findet sich heute in einer Region wieder, in der alt hergebrachte Weisheiten und Glaubensgrundsätze zerfallen. Dies stellt einen Pfeiler deutscher Außenpolitik vor immense Herausforderungen, wodurch ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsfaktor die Gestaltung deutscher Außen- aber zunehmend auch deutscher Innenpolitik prägt. In diesem Sinne beihnhaltet die deutsch-türkische Partnerschaft heute immense Risiken, derer sich alle Verantwortlichen bewusst sein sollten.

Außenpolitisch fußt die Stellung Deutschlands im Mittleren Osten ganz erheblich auf dem Bündnis mit der Türkei. Die Dimensionen dieses Bündnisses, seine weit zurück reichende Geschichte und die strategische Tiefe der Beziehungen wurden weiter oben dargestellt. Betrachtet man die deutsche Außenpolitik im Rahmen der Umbrüche des Mittleren Ostens, ist deutlich zu erkennen, dass der Türkei von Seite deutscher Staats- und Regierungsvertreter eine weiterhin zentrale Rolle beigemessen wird. Während die Türkei zu einem zunehmend diktatorisch regierten Land umgebaut wird, in dem Andersdenkende inhaftiert, gefoltert und getötet werden, scheint sich die deutsch-türkische Partnerschaft trotz immer wieder aufkommender diplomatischer Querelen stabil zu gestalten. Zentrale Bereiche wie Wirtschaft, Militär und politische Unterstützung bleiben weitgehend unberührt von dem diplomatischen Schlagabtausch in der Öffentlichkeit. In den letzten Monaten werden auch die gegenseitigen Anschuldigungen beider Seiten durch wohlwollendere Töne verdrängt. Es scheint, als seien sich die beiden Partner angesichts des andauernden und sich verschärfenden Chaos' im Mittleren Osten der Bedeutung ihrer Zusammenarbeit stets bewusst und würden sich gemeinsam für die zukünftigen Herausforderungen wappnen. Denn die Situation ist ernst: In der Türkei nehmen die gesellschaftlichen Widersprüche trotz anhaltenden Ausnahmezustandes weiter zu. Das türkische Regime ist weit entfernt von der stets verlautbarten Stabilität. So sehen sich mit der AKP und MHP zwei Interessensgruppen zu einem Bündnis bewogen, bei denen noch vor wenigen Jahren die eine Seite Vertreter der anderen inhaftieren ließ. Auch wirtschaftlich sieht sich die Türkei mit großen Herausforderungen konfrontiert. Die türkische Lira verliert immer weiter an Wert, Profite aus der Tourismusbranche bleiben aus und die Staats- und

Privatverschuldung steigen rasant. Hinzu kommt ein offener Krieg im Südosten des Landes. Außer in den Wintermonaten sind die türkischen Sicherheitsorgane in einen kräftezehrenden Krieg verwickelt, der sie zu immer umfassenderen und brutaleren Maßnahmen veranlasst. Regelmäßige groß angelegte Militäroperationen im Südosten, lang anhaltende Ausgangssperren in kurdischen Dörfern und Städten und eine allumfassende Militär-, Polizei- und Geheimdienstpräsenz in der Südosttürkei sind mittlerweile Alltag in der Türkei. Zudem ist die türkische Armee im Nordirak und Nordsyrien in zwei völkerrechtswidrige Militäreinsätze verwickelt. Über 20 türkische Militärstützpunkte, fast tägliche Luftangriffe und regelmäßige grenzüberschreitende Militäroperationen charakterisieren die derzeitigen türkischen Aktivitäten im Nordirak. Zudem drohen türkische Regierungsvertreter immer wieder mit einer groß angelegten Militäroperation gegen die Rückzugsgebiete der PKK im nordirakischen Kandil-Gebirge. In Nordsyrien verfolgt die Türkei seit Jahren eine Politik der Destabilisierung und Zerschlagung lokaler politischer Selbstverwaltungsstrukturen. Die seit dem 20. Januar 2018 andauernde Afrin-Operation stellt den Höhepunkt dieser Politik dar. Niemand kann derzeit sagen, welche Folgen die innen- und außenpolitischen Konflikte der Türkei für das Land selbst und die Region haben werden. Deutschland scheint entweder nicht gewillt zu sein, den Bündnispartner von seiner derzeitigen Politik abzubringen, oder sieht sich angesichts der grundlegenden regionalen Umbrüche schlichtweg außer Stande. Unabhängig von den Beweggründen für das deutsche Beharren auf eine umfassende Zusammenarbeit mit einer diktatorisch geführten Türkei lässt sich jedoch feststellen, dass mit der Türkei der entscheidende Pfeiler deutscher Außenpolitik zunehmend ins Wanken gerät. Die außenpolitischen Implikationen liegen dabei auf der Hand.

Deutschland unterhält zu einem diktatorischen türkischen Regime Beziehungen, dass die Krise im eigenen Land und der Region mit Repressionen, Krieg und nationalistischer Propaganda zu bewältigen hofft. Die Folgen dieser Partnerschaft sind heute auch in der deutschen Innenpolitik zu spüren. Zu beobachten ist eine Fluchtbewegung tausender Menschen, die vorwiegend dem künstlerischen, akademischen und aktivistischen Spektrum zuzuordnen sind. Die Türkei verliert einen bedeutenden Teil ihrer Zivilgesellschaft. Mittlerweile haben geflüchtete Journalistinnen und Journalisten in Deutschland eigene Medien gegründet, Akademikerinnen und Akademiker sind an deutschen Universitäten tätig und zahlreiche aus der Türkei geflüchtete Personen nehmen aktiv am politischen Leben in aktiv teil. Sie müssen jedoch mitverfolgen, wie die deutsch-türkische Partnerschaft zu zunehmenden Repressionen in Deutschland führt. So kam es in den letzten Wochen in Dortmund, Duisburg, Köln oder Hannover zu Verboten von Demonstrationen, die von dem größten kurdischen Dachverband NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V.) angemeldet worden waren. Regelmäßig sind kurdische Aktivistinnen und Aktivisten aber auch andere solidarische Personen und Gruppen von Hausdurchsuchungen betroffen. Jüngstes Beispiel sind Hausdurchsuchungen in Thüringen u.a. gegen das lokale Büro des linken Jugendverbandes SDS und gegen den kurdischen Verlag Mezopotamya im März 2018 in NRW. Knapp zehn kurdische Aktivisten sitzen derzeit in deutschen Gefängnissen, weil Ihnen Aktivitäten im Rahmen einer PKK-Mitgliedschaft vorgeworfen werden. Die Einschränkung des Demonstrationsrechts, Hausdurchsuchungen wegen Facebook-Posts oder die mehrjährige In-



www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/56003528
0163/4834607

haftierung politischer Aktivisten können als direkte Folgen des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots in Deutschland verstanden werden. Die deutsch-türkischen Bündnispartner scheinen sich auf eine verstärkte Verfolgung von Widerstand leistenden Kurdinnen und Kurden verständigt zu haben. Die juristische Grundlage dafür bietet das deutsche PKK-Betätigungsverbot. Die Türkei nutzt dieses Gesetz, um ihren deutschen Bündnispartner immer wieder zur Inhaftierung, Auslieferung und anderweitigen Repressionsmaßnahmen gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland aufzufordern. In den letzten Monaten ist zu beobachten, dass Deutschland den türkischen Repressionsgesuchen immer öfter und umfassender nachkommt. Das führt soweit, dass Essens- und Bücherstände auf dem 25. Kurdischen Kulturfest im vergangenen Herbst in Köln verboten wurden oder jüngst im Wendland ein Transparent unter Einsatz einer mit Maschinengewehren bewaffneten Polizei-Hundertschaft beschlagnahmt wurde. Praktisch alltäglich für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Demonstrationen, die auf die Situation in Kurdistan aufmerksam machen, sind das Verbot von Flaggen und Parolen, das Abfilmen aller Demonstrierenden oder eine massive Polizeipräsenz. Hinzu kommt, dass Institutionen des türkischen Staates wie der Geheimdienst MIT, der islamische Verband DITIB oder der Lobbyverband UETD weitgehend ungehindert in Deutschland aktiv sind. Allein DITIB mit seinen ca. 1000 Moscheen im Bundesgebiet übt großen Einfluss auf die hiesige Türkei-stämmige Bevölkerung aus. Im Zuge eines Verfahrens in Hamburg wurde zudem bekannt, dass der MIT einzelne seiner Mitglieder mit gezielten Mordanschlägen auf kurdische Politiker wie Yüksel Koc beauftragt hat. Die schwerwiegenden Folgen des deutsch-türkischen Bündnisses für die politische Atmosphäre in Deutschland können in direkten Zusammenhang mit dem Abbau demokratischer Grundrechte in der Türkei gesetzt werden und müssen in Zukunft weiterhin aufmerksam verfolgt werden.

5. Handlungsempfehlungen an die Zivilgesellschaft in Deutschland und an die deutsche Bundesregierung

Die deutsch-türkischen Partner verfolgen eine zunehmend repressive, kriegerische und undemokratische gemeinsame Politik. Indizien dafür finden sich sowohl im Bereich der Außen- und Innenpolitik beider Länder. Dagegen regt sich zunehmend Widerstand in der Zivilgesellschaft Deutschlands. Zivilgesellschaftliche Akteure betonen in diesem Zusammenhang die weitreichenden Folgen der deutschen Politik gegen die Kurdinnen und Kurden im In- und Ausland. Es wird vor einem generellen Abbau demokratischer Grundrechte in Deutschland gewarnt und auf den Verfall moralischer Grundlagen der deutschen Außenpolitik hingewiesen. Diese Entwicklungen sind demnach nicht nur aus Sicht der Kurdinnen und Kurden schwerwiegend und besorgniserregend. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich der zivilgesellschaftliche Widerstand in Deutschland verstärken wird. In diesem Zusammenhang sehen wir folgende Handlungsempfehlungen als Orientierungspunkt für den zivilgesellschaftlichen Protest gegen den Charakter der deutsch-türkischen Partnerschaft. Die Bundesregierung ist aufgerufen ihre Haltung gegenüber dem türkischen Staat und dem AKP-MHP-Regime grundlegend zu verändern.

Handlungsempfehlungen an die Zivilgesellschaft in Deutschland:

» Die Geschichte und Tiefe der deutsch-türkischen Beziehungen konnte im Rahmen dieses Dossiers nur angedeutet werden. Die Zivilgesellschaft Deutschlands ist dazu aufgerufen, eine eigenständige und umfassende Kritik an der

deutsch-türkischen Partnerschaft zu entwickeln. Es bedarf weiterer Forschungen, ganzheitlicher Debatten und auf dieser Grundlage einer selbstbewussten Intervention in öffentliche Diskurse. Die Durchführung von universitären Forschungsprojekten, Konferenzen und die Veröffentlichung diesbezüglicher Literatur kann dafür eine wichtige Rolle spielen. Es gilt anzuerkennen, dass Medien, Politik aber auch zivilgesellschaftliche Akteure noch zu häufig Perspektiven vertreten, die sich nicht deutlich genug von denen der deutschen Bundesregierung abgrenzen.

» Kurdische Aktivistinnen und Aktivisten sind in Deutschland von alltäglichen Repressionen betroffen. Demonstrationen werden verboten, das Zeigen von Flaggen und das Rufen von Parolen unterbunden, kurdische Verlage werden geschlossen und Veranstaltungen wie das Newroz-Fest verboten. Darauf reagiert die kurdische Community in Deutschland immer wieder mit Akten des zivilen Ungehorsams. Flaggen werden trotzdem gezeigt, Parolen trotzdem gerufen und Demonstrationen werden auch unangemeldet durchgeführt. Die Kurdinnen und Kurdinnen verstehen ihre Reaktion als Akte des zivilen Ungehorsams, mit denen sie sich gegen die Einschränkung ihrer demokratischen Rechte wehren. Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist dazu aufgerufen, Verständnis und Empathie für diese Akte des zivilen Ungehorsams zu entwickeln bzw. sich an deren Durchführung zu beteiligen. Das Verbot von Flaggen, die Beschlagnahmung von Büchern oder die Aushebelung des Versammlungsrechts sind tiefgreifende Einschnitte in demokratische Grundrechte, die auf die Zivilgesellschaft Deutschlands als Ganzes abzielen.

» Die Situation für politische Aktivistinnen und Aktivisten in der Türkei ist sehr kritisch. Tägliche Festnahmen, routinemäßige Folter in den Gefängnissen und eine umfassende Diffamierung oppositioneller Kräfte im Rahmen einer nationalistischen Staatspropaganda gehören zum Alltag in der Türkei. Hinzu kommt ein offener Krieg im Südosten des Landes, der auch in diesem Frühling wieder voll und ganz ausbrechen dürfte. Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist dazu aufgerufen zeitnah und kontinuierlich Menschenrechtsbeobachtungsdelegationen in die Türkei zu entsenden. Es bedarf einer dauerhaften und das ganze Land umfassenden Menschenrechtsbeobachtung durch zivilgesellschaftliche Akteure aus dem Ausland.

» Deutschland ist durch Waffenlieferungen, Investitionen bzw. Kredite und diplomatisches Schweigen direkte Kriegspartei im Südosten der Türkei und den türkischen Militäreinsätzen in Nordsyrien und dem Nordirak. In Tradition der starken deutschen Anti-Kriegsbewegung sind alle zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland dazu aufgerufen, breite und handlungsfähige Bündnisse aufzubauen, die schnell und effektiv den gesamtgesellschaftlichen Unmut über deutsche Waffenexporte auf die Straße tragen können.

» Der türkische Staat verfügt auch in Deutschland über gut organisierte Strukturen. Der islamische Verband Ditib nutzt seinen Einfluss auf die Türkei-stämmige Bevölkerung immer wieder für die Verbreitung nationalistischen, rassistischen und kriegstreiberischen Gedankenguts. Der

Lobbyverband UETD nimmt wirksam und dauerhaft Einfluss auf deutsche Landes- und Bundespolitik. Zudem unterhalten Funktionäre der UETD Kontakte zu türkischen kriminellen und gewaltbereiten Organisationen wie z.B. Osmanen Germania. Der türkische Geheimdienst unterhält ein Netzwerk tausender Agenten in Deutschland, die Oppositionelle überwachen und z.T. sogar versuchen, Morde an ihnen zu verüben. Der Einfluss des türkischen Staates in Deutschland stellt eine unmittelbare und sehr ernstzunehmende Gefahr für das demokratische Zusammenleben in Deutschland dar. Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist dazu aufgerufen, die Aktivitäten des türkischen Staates durch eigene Recherchen und Öffentlichkeitsarbeit offen zu legen und sie in ihrer Arbeit wirksam zu behindern.

Handlungsempfehlungen an die deutsche Bundesregierung:

» Die deutsche Bundesregierung macht sich im Rahmen ihres Bündnisses mit der Türkei zahlreicher Verbrechen mitschuldig. Mit deutscher Unterstützung werden Kriegsverbrechen begangen, das Völkerrecht gebrochen und die Türkei zu einer Diktatur umgebaut. Die Belege für eine deutsche Beteiligung an diesen Verbrechen liegen in Form von Waffenlieferungen, Hermes-Bürgschaften und diplomatischen Unterstützungsbekundungen auf der Hand. Alle Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Bundesregierung und des deutschen Staates müssen sich darüber bewusst sein, dass sie sich an der Ausübung schwerwiegender Verbrechen beteiligen und dafür rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Die deutsche Bundesregierung ist daher dazu aufgerufen, den Export von Waffen, Munition, Lizenzen und ganzen Rüstungsfabriken in die Türkei sofort und endgültig zu stoppen, Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei zu verhängen, die Zollunion der beiden Länder aufzulösen und politischen Druck zur Beendigung der türkischen Kriegspolitik und zur Demokratisierung der Türkei auszuüben.

» Innenpolitisch scheinen sich die deutsche Bundesregierung und die Funktionäre in den Ministerien für eine Einschränkung demokratischer Grundrechte entschieden zu haben, um den anhaltenden und den weite Teile der Gesellschaft erfassenden Widerstand der Kurdinnen und Kurden in Deutschland zu unterdrücken. Wohlwissend der weitrechenden Folgen für das demokratische Zusammenleben in Deutschland wird hierzulande zunehmend eine Politik der Einschüchterung, Kriminalisierung und Verbote verfolgt. Zeitgleich werden Organisationen wie der Ditib, UETD und dem MIT erlaubt, ihre Aktivitäten zur Verfolgung Türkei-stämmiger und kurdischer Oppositioneller praktisch ungehindert in Deutschland durchzuführen. An dieser Stelle muss auf die immensen Gefahren dieser Politik hingewiesen werden. Diese staatlichen türkischen Organisationen beabsichtigen die umfassende Zerschlagung jeglicher oppositioneller Kräfte. Sie schrecken dabei auch nicht vor Mordanschlägen zurück, wie der Mord an drei kurdischen Aktivistinnen im Januar 2013 in Paris zeigt. Die deutsche Bundesregierung ist dazu aufgerufen, die Kriminalisierung und Einschüchterung der oppositionellen Türkei-stämmigen und kurdischen Kräfte in Deutschland sofort zu beenden. Dazu gehört eine sofortige Aufhebung des PKK-Verbots, das die rechtliche Grundlage für einen Großteil der Kriminalisierungsmaßnahmen hierzulande darstellt. Zudem ist die Bundesregierung dazu aufgerufen, Organisationen wie die Ditib, UETD oder den MIT an ihre Verpflichtungen im Rahmen eines demokratischen

Zusammenlebens zu erinnern und sie im Zweifelsfall zu verbieten bzw. ihre Aktivitäten zu unterbinden.

» Die Politik des deutschen Staates ist seit seinem Bestehen von regionalen und globalen Machtansprüchen geprägt. In diesem Kontext verfolgt er eine ambitionierte Mittelostpolitik, die maßgeblich auf der strategischen Partnerschaft mit der Türkei fußt. Auch die deutsch-iranischen Beziehungen spielen dabei eine tragende Rolle. Angesichts eines allgemein attestierten Erwachens der mittelöstlichen Zivilgesellschaften, das spätestens seit dem sogenannten ‚Arabischen Frühling' in anhaltenden Proteste, einem neuen Selbstbewusstsein und bewaffneten Widerstandsbewegungen seinen Ausdruck findet, befindet sich die deutsche Mittelostpolitik in einer Krise. Sollte Deutschland seinen Einfluss in der Region aufrecht erhalten wollen, ohne sich dafür an der diktatorischen, repressiven und kriegerischen Politik regionaler Mächte mitschuldig zu machen, ist es dazu aufgerufen eine grundlegende Änderung seiner Mittelostpolitik vorzunehmen. Die deutsche Bundesregierung ist dazu aufgerufen, die demokratischen Kräfte in der kurdischen, türkischen, arabischen und persischen Zivilgesellschaft zu stärken. Das bedeutet u.a. direkte Gespräche auf Augenhöhe mit der PKK, die eine Führungsfunktion für die demokratischen Volksbewegungen in der Region einnimmt und im Rahmen des Chaos im Mittleren Osten ihren Einfluss weit über die kurdischen Siedlungsgebiete hinaus ausdehnen konnte.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Civaka Azad- Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.